

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten

der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

Genossen E. A. Schewardnadse,

auf der Tagung des Komitees der Außenminister

der Warschauer Vertragsstaaten

Warschau, 26. Oktober 1989

---

Arbeitsübersetzung aus dem Russischen

Verehrter Herr Vorsitzender!

Verehrte Kollegen und Freunde!

Wir sind in Warschau zu einem Zeitpunkt des Umbruchs für den Warschauer Vertrag zusammengekommen.

Die Veränderungen, die sich in unseren Ländern vollziehen, berühren unbedingt auch unser Bündnis.

Wir müssen uns die Frage stellen, worin der Sinn unserer Vereinigung liegt. Und wir müssen Antwort geben. Ohne diese riskieren wir, das Gefühl für das Ziel zu verlieren, eine gefährliche Kluft zur Wirklichkeit zu schaffen.

Unserer Überzeugung nach liegen dem Bündnis übereinstimmende nationale Interessen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und Bedürfnisse nach Gewährleistung der nationalen Sicherheit zugrunde, wie sie im Lichte der historischen Erfahrungen zweier Weltkriege und der Realitäten der Nachkriegsordnung in Europa verstanden werden.

Wenn wir uns alle die Motive unserer Vereinigung, den Sinn des Bestehens unseres Bündnisses so vorstellen, dann können wir die Probleme unseres Bündnisses lösen, es entsprechend den Anforderungen der Zeit umgestalten und einen neuen Ausgleich nationaler und kollektiver Interessen finden.

61

Ich möchte hier das wiederholen, was ich im Obersten Sowjet der UdSSR sagte: In unseren Beziehungen gibt es Probleme, große und kleine, gibt es Komplikationen, doch in ihnen gibt es keine Krise.

Zeit und Umstände diktieren uns die Notwendigkeit, ein Gefühl höchster Verantwortung zu haben. Wir alle leben unter neuen Bedingungen. Vieles geschieht zum ersten Male in unserer Praxis. Sehr oft sind es solche Dinge, die für uns ungewohnt sind, die verletzen, ja beleidigen und Komplikationen hervorrufen können.

Wie nie zuvor brauchen wir in dieser Etappe gegenseitiges Vertrauen, Verständnis, Geduld und auch Großzügigkeit. Lange Zeit lebten wir politisch in einem künstlichen Klima. Jetzt sind wir an die frische Luft gegangen. Von einer solchen Veränderung kann man sowohl einen Rausch bekommen als auch krank werden. Das ist nicht schlimm.

Die Hauptsache ist, und ich bitte hier um Entschuldigung für den naturalistischen Vergleich, daß man nicht einer schweren Trunksucht verfällt und den Glauben an die Möglichkeit einer Heilung verliert.

Sollte das geschehen, werden die Geschichte und unsere Völker ein hartes Urteil über uns sprechen.

Das Komitee der Minister ist traditionell und ganz natürlich der Ort für einen Meinungsaustausch zu Fragen der Außenpolitik und der internationalen Tätigkeit unserer Länder.

Heute möchte ich auf zwei Richtungen eingehen, nämlich die Lage auf dem Gebiet der Sicherheit und auf die ökonomische Zusammenarbeit.

Konkret besteht offensichtlich die Notwendigkeit, darüber zu reden, wie wir die Situation sehen, die sich im militärisch-politischen Bereich herausbildet.

Die Welt steht potentiell im Vorfeld großer Veränderungen, sowohl in den Vorstellungen über die Methoden der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit als auch in der materiellen Struktur der Machtinstrumente.

Es geht nicht mehr um das Gespür für das Mögliche auf diesem Gebiet, sondern um sehr reale Möglichkeiten, die sich zumal auf solide faktische Erfahrungen, auf realisierbare Abkommen über die Rüstungsreduzierung stützen.

Prinzipiell und praktisch gesehen ist das Schlüsselproblem, das der zuverlässigen Kontrolle und Verifizierung, gelöst. Große Fortschritte sind im Bereich der militärischen Offenheit erreicht worden. Hierbei vollzieht sich die Ausarbeitung von vertrauensbildenden Maßnahmen und Bedingungen der Transparenz beschleunigt. Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über die Idee der offenen Naturbereiche - Himmel, Festland, Meere, Ozeane und Weltraum.

Im Grunde genommen bewegen wir uns auf ein sehr hohes Niveau der Öffentlichkeit in den militärischen Angelegenheiten zu, das heißt auf ein solches, das nur in diesem Bereich möglich ist.

Aber das alles gehört zur Kategorie des Besonderen, der größtenteils technischen vertrauensbildenden Maßnahmen.

Bisher gibt es sozusagen noch kein pauschales Vertrauen. Es gibt keine Gewißheit, daß keine Gewalt angewendet wird, daß es zu keinem Zusammenstoß kommt, daß es keinen Konflikt gibt, unter anderem keinen nuklearen.

Sicherlich ist es schwer, von einem absoluten Vertrauen zu sprechen. Doch der Grad des Vertrauens in seiner oberen Etage hängt in vielem vom Niveau der Waffenausrüstung, des Kräftepotentials und vom Vorhandensein von Komponenten in diesem Kräftepotential, die über die Fähigkeit der totalen Vernichtung verfügen, ab.

Daher werden die Kernwaffen stets einen hohen Grad der Bedrohung darstellen und entsprechend das Weiterbestehen eines hohen Niveaus des Mißtrauens und folglich auch der Instabilität bestimmen.

Daraus ergibt sich die Wichtigkeit eines Abkommens über die 50 %ige Reduzierung der strategischen Offensivrüstungen. Seine Bedeutung wird auch dadurch bestimmt, daß es uns zu einer Etappe führt, wo sich dem Prozeß der nuklearen Abrüstung die anderen Kernwaffenmächte werden anschließen müssen.

Ich möchte die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die Wichtigkeit der Beibehaltung des Vertrages über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme lenken.

Aus offensichtlichen Erwägungen der nationalen Sicherheit müssen wir unbedingt reagieren, wenn die USA weltraumgestützte Raketenabwehrwaffen schaffen.

Unsere Position des Aussteigens aus dem Abkommen über strategische Offensivwaffen, falls die amerikanische Seite den ABM-Vertrag verletzt, ist ein wirksamer Faktor für die Festigung der Stabilität.

Die Amerikaner können unterschiedliche Vorstellungen von unserer Fähigkeit haben, eine Antwort auf ihre strategische Verteidigung zu finden. Die Antwort kann, wie wir bereits gewarnt haben, asymmetrisch sein. Doch sie wissen, daß die Erhöhung der Zahl der Offensivraketen für uns kein Problem und keine teure Angelegenheit sein wird. Das Recht des Austritts aus dem Abkommen ist eine solche Maßnahme der Abschreckung, die die Amerikaner überzeugen kann, nicht mit der strategischen Verteidigung zu experimentieren.

Unsere jetzige Position zu dem Zusammenhang erlaubt es, ein Abkommen über die strategischen Offensivrüstungen abzuschließen, den ABM-Vertrag zu festigen und die strategische Stabilität durch die Berechenbarkeit unserer Reaktion zu stärken.

Heute sind wir der Meinung, daß die Angelegenheiten im nuklearen Bereich der Abrüstung zwar nicht in einem solchen Tempo laufen, wie wir das möchten, doch sie gehen beständig voran.

Ich glaube, daß hier eine Rückwärtsbewegung politisch bereits unmöglich ist. Das Abkommen ist eine Frage der Zeit. Unseres Erachtens ist es bereits im nächsten Jahr möglich.

Unsere Länder sind Teilnehmer der Verhandlungen über die Ausarbeitung einer internationalen Konvention über das Verbot der chemischen Waffen. Die Lage in diesem Bereich ist sehr gut bekannt, und ich werde nicht darauf eingehen.

Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, über die Situation mit den Kernwaffenversuchen zu reden. Hier gibt es ermutigende Fortschritte, erworbene Verhandlungserfahrungen und insgesamt recht gute Aussichten.

Jetzt treten die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa immer mehr in den Vordergrund. Das ist verständlich. Es handelt sich sowohl um eine neue Richtung in der Abrüstung als auch um sehr große Reduzierungen.

Auf den ersten Blick sieht hier alles einfach aus. Die Positionen der Seiten sind nicht allzu weit voneinander entfernt. Auf politischer Ebene gibt es keinen Mangel an Erklärungen darüber, daß der baldige Abschluß eines entsprechenden Abkommens wünschenswert und möglich sei.

Ich weiß, daß es, selbst bei unseren Freunden, bestimmte Vorwürfe gegenüber der Sowjetunion wegen ihrer vermeintlich ungenügenden Flexibilität in den Verhandlungen in der Frage der Fliegermittel gibt.

Deshalb möchte ich von unseren Problemen sprechen. Glauben Sie mir, wir sind nicht launisch in den Verhandlungen.

Auf dem Gebiet der Sicherheit ist alles oder fast alles so oder anders miteinander verbunden. Das militärische Gleichgewicht ist eine wirklich delikate und sehr verantwortungsvolle Angelegenheit.

Worin besteht jetzt für uns die Hauptschwierigkeit?

Vielleicht versetze ich Sie in Erstaunen, doch sie liegt in den Rüstungen der Seestreitkräfte, im Prozeß des Ableitens der Rüstungen vom Festland ins Meer. Er stellt uns vor ernsthafte Probleme nicht nur technischen Charakters, sondern auch vor solche, die ich weiter oben dem "Vertrauen in der oberen Etage" zugeordnet habe.

In gewisser Weise erinnert die Situation an den Zusammenhang zwischen strategischen Offensivrüstungen und Raketenabwehrmitteln.

In den konventionellen Rüstungen kann man nicht weit nach unten gehen, wenn es keine Gewißheit gibt, daß es bei den Rüstungen der Seestreitkräfte keine Bewegung nach oben geben wird.



Und die Lage ist hier bereits jetzt stark zu unseren Ungunsten. Nehmen wir den modernsten Teil der Überwasserflotte. Wir haben einen Flugzeugträger und die USA 14, wir haben 3 Flugdeckschiffe und die USA keines. Dafür hat bei Hubschrauberträgern die amerikanische Seite eine Überlegenheit von 12 : 2.

Insgesamt jedoch übertrifft die NATO den Warschauer Vertrag, und ich bitte, diese Proportionen zu beachten,

- in der zahlenmäßigen Stärke des Personalbestandes der Seestreitkräfte - um das 4,5 fache
- in der Zahl der Ozeanschiffe - um das 7,6 fache
- in der Gesamttonnage der Schiffe - um das 3 fache;
- bei den Kampfflugzeugen der Seestreitkräfte - um das 2,5 fache

Auf der Seite unseres Bündnisses gibt es eine Überlegenheit bei den Unterseebooten um das 1,2 fache und bei den Küstenschiffen um das 1,6 fache. Das sind die leichtesten Schiffe.

Die Situation wird auch dadurch erschwert, daß es der Westen jetzt kategorisch ablehnt, von den Waffen auf dem Meer überhaupt zu sprechen. Wir ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß man sich die Hände freihalten will.

Die maritimen Rüstungen sind sehr teuer, und uns wird es wirklich schwerfallen, in dieser Richtung mit den Amerikanern zu wetteifern. Aber es geht nicht so sehr darum. Aufgrund unserer geografischen Lage könnten wir die maritimen Rüstungen auch nicht in dem Maße nutzen, wie das die USA können.

Die Natur hat unserer Flotte starke Fesseln angelegt. Um in den offenen Ozean zu gelangen, müssen wir durch schmale Meerengen fahren.

Die amerikanischen Schiffe können leicht an unsere Küsten, ich meine nicht nur die Sowjetunion, sondern alle unsere verbündeten Staaten, auf eine Entfernung heranfahren, aus der Ziele auf unserem Territorium mit Hilfe von Bordfliegerkräften und nichtnuklearen Marschflugkörpern großer Reichweite, bei denen die Amerikaner bereits heute eine beträchtliche Überlegenheit besitzen, vernichtet werden können.

Sie können fragen, ob es denn dann eine Hoffnung auf die Herbeiführung eines Abkommens über die europäischen konventionellen Kräfte gibt.

Ja, zweifellos. Wir wollen eine solche Vereinbarung. Wir brauchen sie sehr. Aber nicht weniger brauchen wir die Gewißheit, daß man uns nicht in einen maritimen Rüstungswettlauf hineinzieht.

Ich sage es offen: Das Minimum, das uns in dieser Etappe befriedigen könnte, ist die Ausdehnung der bereits bestehenden sowie neuer vertrauensbildender Maßnahmen auf die Seestreitkräfte.

Das ist keine Forderung nach Überflüssigem. Wir werden mit ziemlicher Genauigkeit wissen müssen, was in dieser Richtung vor sich geht.

Wenn wir hier eine Garantie erhalten, wird es uns viel leichter fallen, bei anderen Fragen nach Kompromissen zu suchen.

Bei den Fliegerkräften gestaltet sich die Situation folgendermaßen:

Die von den verbündeten Staaten Ende September eingebrachten Kompromißvorschläge zu dieser Frage wurden insgesamt von den Delegationen der NATO-Staaten als Schritt in Richtung auf eine Annäherung der Positionen positiv aufgenommen, obwohl sie auch dies als unzureichend betrachten. Dabei wurde mit Interesse unser Vorschlag über die Festlegung eines abgestimmten Limits für Abfangjäger der Luftverteidigung aufgenommen. Man muß sehen, ob diese Idee einen Weg zu einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung bei den Fliegerkräften ebnet.

Im Interesse der Beschleunigung der Wiener Verhandlungen schlugen wir vor, in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 eine Konferenz der Staatsoberhäupter Europas, der USA und Kanadas zur Unterzeichnung eines Vertrages über konventionelle Streitkräfte einzuberufen und zur Vorbereitung dieser Konferenz ein Außenministertreffen anzuberaumen.

Jetzt wird im Westen die Diskussion zu diesem Vorschlag geführt. Es werden unterschiedliche Meinungen geäußert. Neben dem positiven Echo kann man auch Zweifel darüber vernehmen, ob tatsächlich ein Ministertreffen notwendig ist. Wir sehen jedoch den Nutzen unserer Idee darin, daß das Ministertreffen den Verhandlungsteilnehmern, darunter auch uns, eine zusätzliche politische Verpflichtung auferlegt.

Die Wiener Verhandlungen sind in eine Etappe eingetreten, die eine größere Operativität bei der Abstimmung ihrer Positionen und deren detailliertere Prüfung in allen Stadien erfordert. Dafür sollten auch die Möglichkeiten der Abrüstungskommission des Warschauer Vertrages sowie bilateraler Konsultationen effektiver genutzt werden.

Zu den taktischen Kernwaffen in Europa. Hier gibt es eine bestimmte positive Entwicklung; denn auf der NATO-Ratstagung im Mai wurde Verhandlungen über taktische Kernwaffen prinzipiell zugestimmt, damit diese Zustimmung vom Beginn der Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa abhängig gemacht wird. Die Frage der Stationierung des neuen Raketenkomplexes der "Lance-2" wurde bis 1992 aufgeschoben.

In Strasbourg erklärte M. S. Gorbatschow die Bereitschaft der UdSSR, im Vorfeld der Verhandlungen weitere einseitige Reduzierungen der taktischen Nuklearraketen in Europa vorzunehmen. All das bedeutet einen qualitativen Fortschritt bei der Situation um die taktischen Nuklearraketen und schafft Voraussetzungen für die Fortsetzung des konstruktiven Dialogs mit dem Westen.

Ich erachte es als notwendig, die Frage der Zunahme revanchistischer Stimmungen in der BRD anzusprechen. Diese Frage wird zur Zeit sowohl in unserem Bündnis als auch im Westen aktiv debattiert. Das kann uns alle nicht sorglos lassen. Denn es existiert die bekannte, noch in Kraft befindliche Entscheidung des Bundesgerichtshofes der BRD vom 31. Juli 1973, deren Wesen darin besteht, daß das Reich in den Grenzen von 1937 fortbesteht und die Grenzen im Osten zeitweiligen Charakter tragen.

Die führenden Politiker in der BRD stützen sich hierbei juristisch darauf, daß kein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen wurde.

Der Vorsitzende der CSU und Finanzminister in der Regierung Kohl sagte im Juli dieses Jahres, daß "das Deutsche Reich mit der Kapitulation vom 8. Mai 1945 nicht untergegangen ist und unter den Begriff der offenen deutschen Frage ebenfalls die ost-deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse fallen".

Die Vertriebenenverbände, deren Zusammenkünfte der Kanzler jetzt zu besuchen pflegt, geben auch solche Erklärungen ab:

"Wir wollen und können nicht auf Schlesien verzichten.

Das Deutsche Reich existiert juristisch weiterhin in den Grenzen von 1937 ... . Nicht wir, die Deutschen, erheben Anspruch auf polnisches Territorium, sondern die Polen erheben Anspruch auf deutsches Territorium."

Ich denke, daß man nicht über die Pläne und Absichten hinsichtlich der Deutschen Demokratischen Republik zu sprechen braucht. Ja, es wäre richtiger, nicht von Plänen, sondern von Handlungen, von einer sorgfältig durchdachten Politik der Aushöhlung der DDR und der "radikalen" Lösung "der deutschen Frage" zu sprechen.

All das sind ernste Fragen, verehrte Genossen. In unserem Bündnis müssen wir die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und uns nicht durch für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärungen der westdeutschen Politiker beruhigen lassen.

Wir sind der Meinung, daß es angesichts der neuen Umstände notwendig ist, alle Aspekte der mit der Wiedergeburt des deutschen Revanchismus und seinen Absichten verbundenen Situation aufmerksam zu prüfen.

Ich habe diese Frage deshalb angesprochen, weil wir die Situation in Europa und die Politik der BRD real einschätzen müssen.

Ich möchte nicht so verstanden werden, als ob jetzt eine Militarisierung dieses Landes beginnt bzw. bereits in vollem Gange ist, obwohl dieses Land schon zur Genüge militarisiert ist.

In der BRD gibt es Parteien und fortschrittliche Politiker, die mit der Sowjetunion und allen Ländern Osteuropas gleichberechtigte, stabile und gegenseitig vorteilhafte Beziehungen aufbauen möchten. Das ist auch eine Realität.

Es liegt in unserem eigenen Interesse, auf das Bestreben dieser Kreise einzugehen und die Entwicklung eines politischen Dialogs und einer breiten Zusammenarbeit mit diesem Schlüssel-land des Westens zu fördern, wobei wir die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit meinen.

Unsererseits jedoch erfordern unsere Interesse, daß wir die Geschehnisse real einschätzen, Tendenzen sehen und die Erfahrungen sowie die sehr bitteren Lehren der Geschichte berücksichtigen.

Jetzt möchte ich Fragen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet berühren, natürlich nur in allgemeinen Worten.

Der Bereich gemeinsamer, übereinstimmender Interessen aller europäischen Staaten ist beträchtlich und kann als Grundlage für das Zusammenwirken dienen.

Das fand Bestätigung in den in Wien erzielten Vereinbarungen zum Korb 2 der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, in den positiven Veränderungen in den bilateralen Beziehungen der Länder Ost- und Westeuropas, in der Herstellung von Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG.

Es gibt günstige Voraussetzungen, um ein neues Niveau der multilateralen wirtschaftlichen Partnerschaft, des stabilen, entideologisierten und gegenseitig vorteilhaften kooperativen Schöpfertums und der gemeinsamen Entwicklung zu erlangen.

Dennoch kann man heute darüber nicht außerhalb des Zusammenhangs der europäischen Integration sprechen.

Der Prozeß der Herausbildung eines einheitlichen Binnenmarktes der Europäischen Gemeinschaften scheint unumkehrbar, obwohl seine Fristen auch über den Rahmen des geplanten Zeitraumes - Ende 1992 - hinausgehen können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige neutrale Länder dem "Gemeinsamen Markt" beitreten.



Seitens der Gemeinschaften selbst herrschen Erklärungen vor, daß sie sich mit der Bildung eines einheitlichen Marktes nicht in "unzugängliche Festungen" verwandeln, daß sich die Länder der "Zwölf" zu den Prinzipien des freien Handels bekennen usw. Dennoch ist bereits jetzt klar, daß die Konkurrenz auf dem EG-Markt in bedeutendem Maße anwächst.

Dennoch kann die Bildung eines einheitlichen Binnenmarktes uns ein gewisses Plus bringen. Die angenommene Erhöhung des Tempos des wirtschaftlichen Wachstums in den EG wird die Bedingungen für die Aufrechterhaltung einer ständigen Nachfrage bei einer Reihe traditioneller Exportwaren der verbündeten Staaten schaffen. Es wächst das Interesse der EG an Absatzmärkten in unseren Ländern. Es stimmt, wir dürfen nicht vergessen, daß der Westen unter Berücksichtigung unserer Schwierigkeiten versuchen kann, uns ungleiche Bedingungen für die Zusammenarbeit aufzuzwingen, uns in der Lage eines Lieferanten von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu halten.

Nichtsdestoweniger ist es wichtig, bereits jetzt aufzuzeigen, daß wir wollen, daß die Entwicklung der Integrationsprozesse im Osten und im Westen nicht isoliert voneinander verläuft, sondern in den Gleisen eines gegenseitig vorteilhaften Zusammenwirkens im Rahmen des gesamten Kontinents und daß sie der Herausbildung eines einheitlichen gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes dient. Es wäre nützlich, unsere westlichen Partner durch Handlungen

davon zu überzeugen, daß sich die sozialistischen Länder auf die unbedingte Einhaltung der "Regeln des Zusammenlebens" in dem europäischen Haus auf folgender Grundlage orientieren:

- gegenseitige Offenheit der Wirtschaften und etappenweise Bewegung in Richtung der Kompatibilität der Wirtschaftsmechanismen;
- Orientierung auf die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Staaten;
- Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen auf einer gesunden und gegenseitig vorteilhaften Grundlage;
- breite Entwicklung der multilateralen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, darunter im Rahmen und auf der Grundlage von Prinzipien der in Europa wirkenden internationalen Wirtschaftsorganisationen.

Vieles wird von der Aktivierung der Beziehungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe mit westlichen regionalen Vereinigungen sowie davon, wie diese mit einem realen Inhalt angefüllt werden, abhängen. Es scheint, daß wir insbesondere aufmerksam die EFTA betrachten und gemeinsam über Wege nachdenken sollten, wie man den Dialog mit ihr in Gang setzen könnte.

37

Eine unserer erstrangigen Aufgaben ist die Ausarbeitung eines Mechanismus der Koordinierung und Abstimmung des Herangehens. Sie hat besondere Aktualität unter Berücksichtigung der sich festigenden Einheit der westeuropäischen Länder sowie jener Handels- und Wirtschaftsbarrieren und diskriminierenden Beschränkungen, die immer noch die gesamteuropäische Zusammenarbeit stören.

Wichtig scheint ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen uns über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Staaten und ihren ökonomischen Gruppierungen.

Es ist nicht möglich, die Perspektiven einer umfangreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West losgelöst von der wirtschaftlichen Situation in unseren Ländern und der Umgestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu betrachten.

Die Lage ist hier sehr schwierig. Die Verwirklichung der Beschlüsse der RGW-Ratstagung zu Fragen der Erneuerung des Mechanismus der Zusammenarbeit unserer Länder tritt offenbar auf der Stelle. Das Tempo dieser Arbeit bleibt merklich hinter den Erfordernissen von heute zurück. Nicht nur, daß wir uns nicht vorwärts bewegen, wir verlieren auch die Fähigkeit, unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf dem nötigen Niveau zu halten.

Akut steht die Frage der konsequenten Verwirklichung des Programms der Erneuerung des Mechanismus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer Länder, des In-Gang-Setzens ökonomischer Instrumente, vor allem auf dem Valuta- und Finanzgebiet und in der Preisbildung, des Übergangs zu Verrechnungen zu Weltmarktpreisen. Das alles könnte reale Stimuli für eine effektive Tätigkeit der Betriebe auf dem Markt der sozialistischen Länder geben. Gewisse Schritte wurden auf diesem Gebiete bereits getan. Dennoch sind sie in der gegenwärtigen Situation unzureichend.

Wir haben mit der Vorbereitung auf die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa begonnen. Wir gehen davon aus, daß es notwendig ist, die Teilnahme an dem Forum für die Schaffung günstigerer Bedingungen für die außenwirtschaftliche Tätigkeit unserer Länder zu nutzen.

Es scheint uns, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Konferenz darin besteht, der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen starken Impuls zu verleihen, langfristige Voraussetzungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit, des gemeinsamen Unternehmergeistes und anderer progressiver Formen des Zusammenwirkens zu schaffen. Außerdem berücksichtigen wir, daß an der Bonner Konferenz auch Vertreter von Geschäftskreisen teilnehmen werden. Das macht es möglich, praktische Ergebnisse - auch den Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen - zu erreichen.

Wir würden es für nützlich erachten, den Meinungsaustausch zwischen den Experten unserer Länder zu dieser Frage aufzunehmen,

möglicherweise im Rahmen der multilateralen Informationsgruppe unter Teilnahme anderer interessierter Dienststellen.

Unsere Länder haben sich mehr oder weniger stark auf den Weg der Konversion der Rüstungsproduktion begeben. Das ist eine nicht einfache Angelegenheit. Sie erfordert große Anstrengungen und Aufwendungen, die Lösung sehr schwieriger technischer, technologischer und sozialer Probleme. Mit diesen sind wir schon jetzt konfrontiert bei der Überführung einer Reihe von Verteidigungsbetrieben auf die Herstellung ziviler Erzeugnisse. Wir wissen auch, daß die Reduzierung der Rüstungsproduktion bei uns die Frage der Auslastung der entsprechenden Kapazitäten in den verbündeten Ländern aufwirkt. Dies ist ein reales Problem. Darum ist es notwendig, gemeinsam die Lösung der Probleme der Konversion zu beginnen, und diese koordiniert durchzuführen.

Auf der Beratung unserer Stellvertreter in Moskau zu den Ergebnissen der Bukarester PBA-Tagung wurden einige konkrete Formen der Organisation der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konversion erörtert. Neben der Nutzung der zwischen unseren Ländern entstandenen wissenschaftlich-technischen und Produktionsbeziehungen in den Verteidigungszweigen der Industrie wurde vorgeschlagen, zum Beispiel im Rahmen des RGW eine Gruppe von Experten, Wissenschaftlern und Vertretern der Industrie für die Analyse der Probleme der Konversion und die Vorbereitung von Empfehlungen für deren Lösung zu schaffen. Es ist natürlich, daß zu der Arbeit der Gruppe man auch unsere Militärspezialisten hinzuziehen könnte.

Der Umweltschutz steht heute in einer Reihe mit solchen äußerst wichtigen globalen Problemen der Gegenwart wie der Abrüstung und der Beilegung regionaler Konflikte. Gefordert ist eine hohe Abgestimmtheit des Handelns der Staaten und die Internationalisierung ihrer Anstrengungen für die Überwindung der globalen ökologischen Gefahr.

81

Eine sehr gute Perspektive für die Entwicklung der Zusammenarbeit im Umweltschutz auf unserem Kontinent eröffnet die Möglichkeit des Zusammenwirkens mit den Europäischen Gemeinschaften. Insbesondere kommt es darauf an, gemeinsam zu überlegen, wie die Beziehungen zu der von ihnen zu schaffenden europäischen Ökologieagentur gestaltet werden sollen. Es erscheint uns zweckmäßig, auch die Möglichkeiten der ECE umfassender zu nutzen, die einen spürbaren Beitrag zur Schaffung eines effektiven gesamteuropäischen Umweltschutzmechanismus leistet. Mir scheint, daß die Möglichkeiten dieser Organisationen von uns noch schlecht genutzt wurden. Besondere Bedeutung hat das Sofioter Umweltschutztreffen. Obwohl es äußerst konkrete Fragen behandelt, wird vom Wesen her eine Grundlage für ein planmäßiges Vorankommen auf der gesamten Linie der ökologischen Sicherheit des Kontinents geschaffen.

Ich möchte auf einige allgemeine Fragen der Arbeit unseres Bündnisses eingehen. Unter den jetzigen, nicht einfachen und sich dynamisch verändernden Bedingungen unterstützt der Warschauer Vertrag mit seinen praktischen Schritten immer aktiver die reale Abrüstung, die zukünftige Schaffung eines sicheren und friedlichen Europas - eines Kontinents des Vertrauens und des Zusammenarbeit, die Umgestaltung des gesamten Komplexes der internationalen Beziehungen im Sinne des neuen politischen Denkens.

Darin besteht eine der wichtigsten Funktionen unseres Bündnisses mit langfristigem Charakter und hohem Stellenwert. Diese Funktion ist eine äußerst politische und widerspiegelt unser komplexes Herangehen an den Begriff der Sicherheit.

Veränderte Bedingungen können natürlich nicht spurlos an unserem Bündnis vorübergehen und keine Evolution des Charakters seiner Tätigkeit bewirken, die eine Transformierung des Warschauer Vertrages von einer militärisch-politischen in eine politisch-militärische Organisation voraussetzt. Heute wird selbst der Begriff "Politisches Bündnis" überaus umfangreich und vielfältig. Deshalb ist auch der Begriff der "politisch-militärischen Organisation" in diesem Sinne ein sehr relativer. Wir alle sind Zeugen, wie äußerlich "unpolitische" oder "wenig politische" Fragen ständig in die politische Sphäre eindringen.

Die Erweiterung der Thematik der Erörterung und die immer größere Verlagerung des Akzents auf äußerst friedliche Sphären der Zusammenarbeit festigen die Autorität des Warschauer Vertrages und fördern wachsendes Vertrauen der europäischen und der Weltöffentlichkeit in die Politik unserer Staaten.



Unseres Erachtens ist es notwendig, die Expertengruppe der verbündeten Länder, die im Auftrag der Warschauer und der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses an der Vorbereitung von Vorschlägen und Überlegungen zur Verbesserung des Mechanismus der Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages arbeiten, zu stimulieren.

Es wäre gut, wenn zu gemeinsamen Tagungen des Komitees der Außenminister und des Komitees der Verteidigungsminister praktische Empfehlungen abgestimmt würden.

Wir messen der Schaffung eines ständigen politischen Arbeitsorgans, wozu Polen mit einem ausgearbeiteten Vorschlag auftrat, große Bedeutung bei.

Den Mechanismus des ständigen operativen Zusammenwirkens auf Arbeitsebene benötigen wir jetzt wie die Luft; er ist gegenwärtig viel zu schwerfällig und unbeweglich. Das Wichtigste ist, daß man nicht befürchten muß, daß das ständige Organ die Souveränität einschränkt und zu einem supranationalem Instrument wird. Das wird nicht geschehen, da wir selbst gemeinsam festlegen können, daß in ihm die demokratischsten Normen und Regeln gelten.

Die Arbeiten zur Vervollkommnung des Mechanismus muß man so schnell wie möglich durchführen. Ist doch die Modernisierung der Strukturen selbst kein Selbstzweck. Ein erneuertes Bündnis würde um

vieles die Effektivität unseres Zusammenwirkens erhöhen.

Erlauben Sie mir jetzt, einige Sätze zu unserer Umgestaltung zu sagen.

Einem Außenstehenden kann es manchmal scheinen, daß die Schwierigkeiten mit ihrer Verwirklichung anwachsen. Sie existieren wirklich sowohl in der gesellschaftspolitischen Sphäre als auch in der Wirtschaft. Es gibt die gewisse Polarisierung der Kräfte in der Gesellschaft, die fortgesetzte Schärfe der zwischennationalen und sozialen Probleme, die sich nicht verringernden Schwierigkeiten auf dem Verbrauchermarkt.

Parallel dazu jedoch verlaufen wichtigere Prozesse. Die Arbeit zur Erneuerung und Demokratisierung der Gesellschaft wird konsequent ohne Pausen und große Aufenthalte durchgeführt.

Die politischen und wirtschaftlichen Reformen werden entsprechend der ausgearbeiteten Konzeption der Umgestaltung verwirklicht.

Der Oberste Sowjet begann seine Arbeit als wirkliches Parlament, und der Prozeß der Gesetzgebung bewegte sich voran.

Die Partei befindet sich in einer Diskussion in Vorbereitung des Parteitages, überwindet den Rückstand in der politischen Aktivität und erlangt moderne Formen des politischen Kampfes.

Man kann sagen, daß ein erstes Budget für die Umgestaltung und ein Entwicklungsplan, die auf die Bedürfnisse der Menschen und die soziale Sphäre orientiert sind, erarbeitet wurden.

Es wurden Mittel des Kampfes gegen das Budgetdefizit und gegen die Inflationsprozesse gefunden. Es gibt ein konkretes Programm, das kein Kabinettprogramm ist, um aus den ökonomischen Schwierigkeiten herauszukommen.

Es gibt auch erste positive Ergebnisse. Die Produktionsbasis erneuert sich, und es beginnt die Produktion von Waren mit einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Qualität. Wie wir erwarten, wird sich die Lage ändern, wenn wir die Gesetze über das Eigentum, die Besteuerung und andere, ohne die die Wirtschaft nicht normal funktionieren kann, annehmen.

Insgesamt sehen wir mit Optimismus auf den Lauf der Dinge. Wir sind überzeugt, daß die hohe Dynamik der Umgestaltungsprozesse erhalten bleibt und die Tendenz zur Stabilisierung und Konsolidierung eine Entwicklung erfährt.

Ich würde noch hinzufügen, daß wir auch psychologisch fester geworden sind, wir betrachten die Situation nüchtern und unterscheiden besser das Augenblickliche und das Dauerhafte.

Probleme gibt es natürlich viele, wir sind aber mehr bereit, sie zu lösen und wissen besser, wie dies zu tun ist.

Ich muß meinen Kollegen auch sehr kurz meine Eindrücke von den dieser Tage hier in Warschau durchgeführten Gesprächen mitteilen.

Das war der erste Besuch, nachdem sich in Polen Wandlungen vollzogen und eine neue Regierung die Führung des Landes übernahm.

Ich betrachte die Gespräche als sehr wichtig, die mit dem Minister Skubiszewski stattfanden. Eine prinzipielle Bedeutung hat das Gespräch mit dem Regierungschef Herrn Mazowiecki.

Es fanden auch sehr umfangreiche Gespräche mit dem Präsidenten des Landes, Genossen Jaruzelski, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Rakowski, statt.

Es gab auch ein Gespräch mit der Presse und mit Vertretern der Öffentlichkeit.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß in der polnischen Gesellschaft Prozesse der Konsolidierung der nationalen und patriotischen Kräfte vor sich gehen.

Die nationale Koalitionsregierung und persönlich der Premierminister haben eindeutig erklärt, daß Polen seine Bündnisver-

87

pflchtigungen im Warschauer Vertrag skrupulös einhalten wird und beabsichtigt, die Beziehungen mit allen Ländern der Gemeinschaft zu entwickeln und die Zusammenarbeit in der internationalen Arena zu intensivieren. Polen wird, und das ist völlig natürlich und verständlich, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen mit westlichen Ländern entwickeln.

Unsere Gespräche hier verliefen konstruktiv mit einem hohen Niveau des gegenseitigen Verständnisses, in einer Atmosphäre des Wohlwollens, der Kameradschaftlichkeit und Freundschaft.

Das alles schätzen wir sehr.

Ich hoffe, daß mein Kollege, Herr Skubiszewski, mir für eine solche "einseitige" Interpretation der Ergebnisse des Besuchs keinen Vorwurf macht.

Zum Abschluß meiner Rede möchte ich noch etwas Persönliches hinzufügen. Gerade hier in Warschau nahm ich zum ersten Mal an einer Tagung des Komitees der Außenminister teil. Das war im Frühjahr 1986.

Für mich beginnt die 2. Runde unserer kollektiven Treffen. Ich schätze sie als eine einzigartige Möglichkeit für ein offenes kameradschaftliches Gespräch über unsere gemeinsamen Probleme und Sorgen, als Möglichkeit des professionellen und menschlichen Umgangs mit den Kollegen.

Wir sind der Regierung Polens, dem Minister Skubiszewski dafür dankbar, was sie getan haben, damit dieses Treffen nützlich und produktiv verlief.